Abend-Ausgabe

73. Jahrgang. Nr. 608 — Montag, 29. Dezember 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Phantasien über deutsche Geheimarmeen

Neue Verleumdungen der Pariser Presse

Paris, 29. Dezember. Unter der Ueberschrift „Die Geheimarmee Deutschlands" beginnt das „Journal" eine Artikelserie über angebliche deutsche geheime Rüstungen. Die letzten Ereignisse, die sich in Deutschland abgespielt hätten, hätten von neuem die Bedeutung gezeigt, die in Deutschland die verschiedenen politischen Vereinigungen hätten, deren wahres Ziel die heimliche militärische

Ausbildung der deutschen Jugend

sei. Dem Sonderberichterstatter des Blattes sei es gelungen, in die der ausländischen Kontrolle unzugänglichen Kreise vorzudringen und sich an der Quelle selbst zu überzeugen. Von dem Verbot des Filmes „Im Westen nichts Neues" ausgehend — ein Verbot, das nur dem Druck der Nationalsozialisten zuzuschreiben sei —, betont das Blatt, daß die Reichsregierung vor der Rheinlandräumung vielleicht nicht so rasch vor den Rechtskreisen kapituliert hätte. Stahlhelm und Nationalsozialisten stellten heute eine Macht dar, der man nicht widerstehen könne. Die Politik einer geheimen Wiederaufrichtung der Armee habe vorzügliche Erfolge gezeitigt und sei heute bereits eine vollendete Tatsache.

Der Deutsche verfüge über einen methodischen Geist, der geradezu beneidenswert sei, und habe außerdem ein gutes Gedächtnis.

Die Organisierung des geheimen Heeres habe sich nach fast den gleichen Grundsätzen vollzogen wie diejenige der preußischen Armee in den Jahren 1807 bis 1813. Der Verfasser schildert dann noch einmal die über hundert Jahre zurückliegenden Ereignisse und geht sodann auf den Versailler Vertrag über, der Deutschland durch sein 100 000-Mann-Heer in die Unmöglichkeit versetzen sollte, das Experiment von 1807 zu wiederholen. Durch die militärische Organisierung der Schupo und die Schaffung der Geheimorganisationen sei es Deutschland dennoch gelungen, ein mächtiges Heer auf die Füße zu stellen. Das Ziel, das es dabei verfolge, sei das gleiche wie vor hundert Jahren. Man wolle einmal dem Heere sein Ansehen wiedergeben und die moralische Einheit der Jugend wiederherstellen sowie den Geist der Pflicht und der Aufopferung beleben. Aus diesem Gedanken heraus hätten sich dann die verschiedenen Organisationen gebildet, die eine

Schule der Disziplin und des Patriotismus

ersetzten und die frühere militärische Dienstpflicht darstellten. Aus allen diesen Gruppen ragten jedoch zwei ganz besonders hervor: Stahlhelm und Nationalsozialisten. Diese beiden machten kein Hehl aus ihren wahren Zielen und erklärten in aller Oeffentlichkeit, daß sie das Vorkriegsdeutschland mit der Militärdienstpflicht wiederherzustellen wünschten.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin" zieht in seinem Blatt die Jahresbilanz der politischen Ereignisse in Deutschland und kommt dabei zu dem Schluß, daß sich in innerpolitischer Beziehung trotz der Einsetzung einer bürgerlichen und antimarxistischen Regierung eine wesentliche Besserung nicht ergeben habe. Der Wirtschaftsorganismus befinde sich immer noch in einer gefährlichen Krise, und das republikanische Regime sei bedroht. In außenpolitischer Beziehung seien die durch eine gegenseitige Verständnispolitik erreichten Ergebnisse stark gefährdet.

Drewitz rechtfertigt sich

Berlin, 29. Dez. Wie bereits mitgeteilt, hatten einige Berliner Zeitungen in dem Streit, der in der Führung der Wirtschaftspartei, vor allem zwischen dem Parteiführer Drewitz und dem Abg. Colosser, entstanden ist, aus einer Denkschrift Colossers Einzelheiten veröffentlicht, die eine Reihe erheblicher Vorwürfe gegen den Parteiführer Drewitz enthielten. Wie wir erfahren, wird noch im Laufe des Montags der Parteivorstand der Wirtschaftspartei zusammentreten, um sich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Im einzelnen erklärte der Abg. Drewitz dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zu dem Inhalt der Denkschrift Colossers, daß die darin enthaltenen

Vorwürfe unwahr

seien. Er, Drewitz, hätte gar nichts mit der Parteikasse zu tun und bekäme keine Parteigelder in die Hände; er sei auch gar nicht zeichnungsberechtigt für die Parteikasse gewesen, sondern nur der Generalsekretär der Partei und der Kassierer. Im übrigen hätte der Prüfungsausschuß der Partei alle Vorwürfe Colossers nachgeprüft.

Colosser selbst habe denn auch die Vorwürfe zurückgenommen, worauf die Denkschrift eingezogen worden sei.

Man hätte sich dahin geeinigt, daß Colosser weiterhin im Einvernehmen mit dem Parteivorstand, aber nicht mehr, wie bisher, selbständig die „Mittelstandszeitung" herausgeben sollte, in der Angriffe u. a. gegen die Beamten erschienen waren, die der Parteiführer nicht decken wollte. Colosser hätte aber nachträglich seine Zustimmung zu diesem Beschluß wieder zurückgezogen, worauf der Parteiausschuß, dem 20 Personen aus allen Teilen des Reiches angehören, beschlossen habe, die Zeitungsgesellschaft aufzulösen und Colosser als Geschäftsführer abzuberufen. Abg. Drewitz meint, daß sich vielleicht hieraus der neuerliche Vorstoß Colossers erkläre. Er bestreitet weiterhin, seinem Schwiegervater oder sich selbst für einen Wohnungsbau

Kredite aus der Mittelstandsbank

verschafft zu haben. Die Mittelstandsbank sei keine Parteibank; im Aufsichtsrat wären vielmehr auch Deutschnationale. Zwar befinde sich unter den tausenden Kreditnehmern der Mittelstandsbank auch sein Schwiegervater; er hätte aber nicht 40 000, sondern nur 6000 Mark Kredit erhalten. Das Besitztum des Schwiegervaters sei auch nicht zwangsversteigert. Richtig sei dagegen, daß Herr Colosser selber bei der Mittelstandsbank einen Kredit von 26 000 Mark entnommen habe, obwohl er selbst Vorstand der Schöneberger Bank sei. Diesen Kredit habe Herr Colosser erst jetzt abgedeckt.

Vandervelde für Abrüstung und Revision

Belgiens Heeresbudget höher als 1914

Paris, 29. Dez. Der sozialistische „Populaire" veröffentlicht heute Erklärungen des belgischen Sozialistenführers Vandervelde über die Stellung seiner Partei gegenüber den belgischen Heereskrediten. Als er, so führt Vandervelde u. a. aus, nach viermonatiger Abwesenheit nach Belgien zurückkehrte, habe er eine völlig veränderte Mentalität vorgefunden. Die Reden Mussolinis, die faschistischen Intrigen auf dem Balkan, die Erfolge der Nationalsozialisten in Deutschland, die bedauerlichen Wahlen unter dem Druck des Militärs in Polen, alles das erwecke beim Mann auf der Straße den

Eindruck, daß Europa vor einem Kriege stehe, und daß dieser Krieg morgen mit der gleichen Plötzlichkeit ausbrechen könne wie 1914.

Er sei überzeugt, daß auf dem zu Ostern stattfindenden Kongreß der belgischen Arbeiterschaft der Gedanke einer einseitigen Abrüstung mit großer Mehrheit abgelehnt werde. Aber die belgischen Sozialisten seien entschlossen, auf nationalem wie auf internationalem Gebiet ihre Aktion zugunsten einer allgemeinen, gleichzeitigen und unter Kontrolle stehenden Abrüstung fortzusetzen.

Belgien sei vielleicht das einzige Land, dessen Heeresbudget jetzt höher sei als im Jahre 1914.

Die belgischen Sozialisten wollten nicht, daß unter dem Vorwand der Landesverteidigung für die Aufrechterhaltung gewisser militärischer Hegemonien und für die unbedingte Verteidigung des durch den Versailler Vertrag und die übrigen Verträge geschaffenen territorialen Status gerüstet werde. Der Versailler Vertrag sehe ja selbst die Möglichkeit seiner eigenen Revision vor.

„Annullierung der Kriegsschulden unfair!"

Washington, 29. Dez. Die Blätter der Hearstpresse bringen einen Artikel des Senators Smoot, der der Regierung Hoover sehr nahesteht und als Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat eine große Rolle spielt. Smoot lehnt energisch eine Streichung der alliierten Kriegsschulden an Amerika ab und weist an Hand von Zahlen nach, daß der Weltkrieg dem amerikanischen Steuerzahler über 37 Milliarden Dollar gekostet habe. Die Abtragung dieser Last mache genau ein Drittel des gesamten Budgets des letzten Jahres aus, und es sei unfair, dem amerikanischen Volke weitere Bürden zuzumuten.

Das Ansehen des Völkerbunds steht auf dem Spiel

London, 29. Dez. Der Berliner Korrespondent des „Observer" schreibt, man werde in Deutschland aufmerksam verfolgen, ob auf der am 19. Januar beginnenden Ratstagung in den Fragen der Abrüstung und der polnischen Minderheiten gegenüber Deutschland billig verfahren werde. **Man übertreibe nicht, wenn man sage, daß die ganze Zukunft des Völkerbundes als einer Körperschaft, die in deutschen Augen Achtung verdiene, von der Art abhänge, in der diese beiden Fragen behandelt würden.**

Brünings Ostmarkenreise

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Dez. In der Reichskanzlei ist man zur Zeit mit der Fertigstellung der endgültigen Dispositionen für die Ostmarkenreise des Reichskanzlers befaßt. Diese Reise beginnt, wie bereits gemeldet, am 4. Januar. In Begleitung des Reichskanzlers werden sich auch Minister Treviranus und der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer befinden. Zunächst wird man sich nach Hinterpommern begeben und dort eine Fahrt an der Grenze entlang bis Schneidemühl unternehmen. Von Schneidemühl begibt man sich dann nach Königsberg und wird dann den ostpreußischen Grenzbezirken noch verschiedene Besuche abstatten. Die Reise wird schließlich in Schlesien beschlossen werden.

Schachweltmeister Aljechin beinahe verbrannt

Berlin, 29. Dez. Schachweltmeister Aljechin, der sich zur Zeit auf einer Tournee durch Südslawien befindet, ist in Essegg mit knapper Not dem Tode entronnen. Er war nach einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett gegen 5 Uhr früh in sein Hotel zurückgekehrt und in seinem Zimmer mit der brennenden Zigarette im Munde eingeschlafen. Die Zigarette setzte die Bettwäsche in Brand, und bald war der ganze Raum in Rauch und Flammen gehüllt. Das eindringende Hotelpersonal fand den Schachmeister mit einer schweren Rauchvergiftung, bewußtlos vor dem Bette liegend, auf. Glücklicherweise hat Dr. Aljechin nur leichte Brandwunden erlitten, so daß er nach der ersten Hilfeleistung in häuslicher Pflege gelassen werden konnte.

Englands Kohlenindustrie vor schweren Krisen

Stillegung der Gruben von Südwales?

London, 29. Dez. In den nächsten drei Tagen wird es sich entscheiden, ob es zu einer Stillegung der Kohlenbergwerke von Südwales kommen wird. Die vorläufige Vereinbarung zwischen Zechenbesitzern und Bergleuten geht am Mittwochabend zu Ende. Der erste Schritt in den jetzt beginnenden Verhandlungen ist eine für heute anberaumte Sitzung des Nationalen Industriellen-Amtes, das die Wünsche der Bergleute von Südwales anhören wird. Von einer Stillegung würden 120 000 Bergleute betroffen werden.

Der Präsident der Bergarbeiterföderation, Cook, äußerte sich sehr ernst über die Lage in der Kohlenindustrie, die nach seiner Ansicht einer neuen schweren Krise entgegengehe. Nach seiner Ansicht sei eine Einstellung der Arbeit sehr wahrscheinlich, wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Wendung eintritt. Der Bergwerksminister Shinwell ist nach Schottland gereist, wo er heute mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln will. Macdonald hat das zuständige Minister amt beauftragt, auch in den Lohnstreit in dem Barnsley-Bezirk einzugreifen, wo gemäß dem allgemeinen Plan zur Herabsetzung der Erzeugung eine Anzahl von Gruben geschlossen werden oder nur beschränkt arbeiten soll.

20 Jahre Zwangsarbeit für ägyptische Rauschgiftschmuggler

London, 29. Dez. Die Gerichte in Kairo verurteilten fünf Rauschgiftschmuggler zu der Höchststrafe von zwanzig Jahren Zwangsarbeit und Beschlagnahme der Gifte. In einem Falle waren 288 Pfund Haschisch von der Türkei eingeschmuggelt worden, in einem anderen Falle zwanzig Pfund Heroin durch einen gewissen Joseph Meyer, in Kerzen versteckt, über die Grenze gebracht worden. Am Weihnachtstage gelang es, Heroinschmuggler, die Haschisch von Palästina nach Aegypten bringen wollten, in der Sinaiwüste abzufassen und ihnen sechsundsechzig Pfund des verbotenen Giftes abzunehmen.

Für 170 000 Dollar Spirituosen beschlagnahmt

New-London (Connecticut), 29. Dez. Küstenwachtboote beschlagnahmten den britischen Motorschoner „Eleanor Joan", der Spirituosen im Werte von 170 000 Dollar nach den Vereinigten Staaten einschmuggeln wollte. Die elf Mann starke Besatzung wurde nach Neuyork gebracht, wo sie abgeurteilt werden soll. Während der Beschlagnahme des Motorschoners hatten die Küstenwachtboote mehrere Schüsse auf das Schmugglerschiff abgegeben, ohne es zu treffen.

Joffre in Agonie

Paris, 29. Dez. Marschall Joffre liegt seit Sonntag in Agonie. Die Aerzte haben den größten Teil des Tages an seinem Krankenbett verbracht und sich erst gegen Mitternacht zurückgezogen. Die Kräfte des Kranken verfallen von Minute zu Minute, da eine Nahrungsaufnahme fast unmöglich geworden ist. Den ganzen Sonntag über trugen sich hochstehende Persönlichkeiten im Krankenhaus in das Besuchsbuch ein. Nur dem Chef der obersten Heeresleitung, General Weygand, und einem persönlichen Freund Joffres war es möglich, bis ins Krankenzimmer vorzudringen und einige Minuten am Krankenlager zu verweilen. Der König von England hat seinen hiesigen Botschafter beauftragt, ihn über den Verlauf der Krankheit zu unterrichten. Denselben Auftrag hat der ägyptische Gesandte in Paris von König Fuad erhalten.